

TSCHECHIEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2021

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Nach den Parlamentswahlen 2017 hat eine Koalition aus Andrej Babiš populistischer ANO und der sozialdemokratischen ČSSD das vorherige Bündnis zwischen ČSSD, ANO und der christdemokratischen KDU-ČSL unter dem sozialdemokratischen Regierungschef Bohuslav Sobotka abgelöst. Laufende Ermittlungen gegen Babiš wegen mutmaßlichen Betrugs von EU-Subventionen erschwerten die Regierungsbildung. Von den ins Parlament gewählten Parteien war allein die ČSSD bereit, mit dem Wahlsieger Regierungsverhandlungen zu führen. Für eine Alleinregierung (Minderheitsregierung) fehlte Babiš das Vertrauen des Parlaments. Das Bündnis bildet daher eine Minderheitsregierung und wird durch die kommunistische Partei KSČM toleriert, die damit erstmalig seit der Wende an einer Regierung beteiligt ist. Trotz einiger Krisen hat die Koalition bislang gehalten. Allerdings hat die Regierung gerade in jüngster Zeit aufgrund ihres mangelhaften Krisenmanagements der Corona-Pandemie massiv an Vertrauen in der Bevölkerung eingebüßt. Noch nicht absehbar ist derzeit, wie sich dieser Vertrauensverlust bei den anstehenden Parlamentswahlen auswirken wird. Diese sind für den 8. und 9. Oktober 2021 terminiert.

Die sozialdemokratische Partei (ČSSD), die in der letzten Regierung den Premierminister stellte, verlor bei den Parlamentswahlen 2017 13 Prozentpunkte und landete bei einem historischen Tief von 7,3 Prozent, von dem sie sich seither nicht erholt hat. Im Gegenteil: Bei den Europawahlen 2019 fiel die ČSSD sogar unter die Fünf Prozent Marke und auch die Regional- und Senatswahlen, die im Herbst 2020 stattgefunden haben, verliefen für die Sozialdemokraten enttäuschend. Landesweit erreichte die Partei lediglich 4,9 Prozent. Auch aktuelle Umfragen sehen die ČSSD zwischen 5 und 6 Prozent. Vor diesem Hintergrund wird es für die sozialdemokratische Partei Tschechiens bei den anstehenden Parlamentswahlen im Oktober vor allem darum gehen, wieder im Parlament vertreten zu sein. Aktuell bemüht sich die Partei um ein Wahlbündnis mit den Grünen in Tschechien. Aller-

dings kommen diese in Umfragen derzeit lediglich auf 1 bis 1,5 Prozent. Parteiintern muss zudem bei dem für den 9. und 10. April geplanten Parteitag auch der Vorstand neu gewählt werden. Hier haben bislang zwei Personen ihre Kandidatur für den Parteivorsitz erklärt: Der amtierende Vorsitzende und Innenminister Jan Hamacek und der stellv. Vorsitzende und gleichzeitig amtierende Außenminister Tomas Petricek.

Das alles beherrschende Thema in Tschechien ist aber derzeit die Bewältigung der Corona-Pandemie. Nachdem Tschechien die erste Phase der Pandemie im Frühjahr 2020 relativ gut überstanden hatte, hat sich die Situation seit September 2020 rapide verschlechtert. Bei der 7-Tage-Inzidenz belegt das Land einen Spitzenplatz und Anfang Februar wurde die Zahl von insgesamt 1 Million mit dem Corona Virus Infizierter überschritten. Über 22.000 Menschen sind bislang an den Folgen des Virus gestorben. Expert_innen vermuten aber, dass die tatsächliche Zahl der Infizierten noch deutlich höher sein könnte. Anlass zur Sorge gibt, dass die Zahl der Neuinfektionen – anders als z.B. in Deutschland – weiterhin auf einem hohen Niveau stagniert bzw. sogar weiter ansteigt. Gleichzeitig hat sich in der Bevölkerung eine gewisse »Lockdown-Müdigkeit« breit gemacht. Zwar ist das öffentliche Leben in Tschechien seit Anfang Oktober 2020 weitgehend heruntergefahren, es gelten strenge Kontaktbeschränkungen und seit kurzem auch Reisebeschränkungen innerhalb des Landes. Aber die Regierung hat es trotz aller Maßnahmen nicht geschafft, die Lage unter Kontrolle zu bringen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Zwischen Tschechien und Deutschland bestehen enge Handelsbeziehungen: 2020 ging fast ein Drittel des tschechischen Exports nach Deutschland, in die Gegenrichtung rollte fast ein Viertel des tschechischen Gesamtimports. Beinahe 80 Prozent der tschechischen Exporte ging im selben Jahr darüber hinaus in die Länder der EU-28. Da für Tschechien auch Großbritannien zu den wichtigsten Handelspartnern zählte, wird der Brexit für den tschechischen Außenhandel nicht folgenlos bleiben. Schätzungen zufolge könnte es zu einem

Rückgang von bis zu einem Prozent des BIPs kommen, bereits 2020 ist das Volumen der tschechischen Exporte in den Inselstaat um fast 12 Prozent eingebrochen. Risiken birgt darüber hinaus die relativ hohe Abhängigkeit von der Automobilindustrie (28 Prozent), da sie damit abhängig von der zukünftigen weltweiten Konjunkturentwicklung ist.

Fast 7,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind Gewinne ausländischer Investoren. Der Anteil der Reinvestitionen ist sukzessive gesunken und betrug 2018 weniger als ein Drittel, umgekehrt fließen nach konservativen Schätzungen jährlich über 11 Milliarden Euro ins Ausland ab, was die aus dem EU-Haushalt finanzierten Strukturhilfen weit übersteigt. Entsprechend abhängig ist die Wirtschaft von den Entscheidungen ausländischer Investoren und Mutterkonzerne. Der Anteil der Industrie ist vergleichsweise hoch (in der verarbeitenden Industrie arbeiten 27,3 Prozent der Erwerbstätigen. Dies entspricht dem höchsten Anteil in der EU), dabei handelt es sich jedoch vielfach um preisabhängige Zuliefererbetriebe. Dies stellt ein langfristiges, in der Zeit der postkommunistischen Transformation wurzelndes wirtschaftspolitisches Problem dar, mit dem auch die Problematik der niedrigen Löhne im Land eng zusammenhängt: besser bezahlte Arbeitsvorgänge in der Produktionskette finden im Land kaum statt. Die Problematik dieser Abhängigkeit zeigt sich auch in der Corona-Krise: ein von den Expert_innen dringend empfohlener Lockdown der Industrie ist aufgrund von strikten Zuliefererverträgen kaum möglich und wurde deshalb auch nicht angeordnet.

Obwohl die üblichen makroökonomischen Indikatoren wie Wachstum des BIP oder Arbeitslosenquote auf den ersten Blick für das Land positiv aussehen, liegt der Lebensstandard der Bevölkerung weiterhin deutlich unter dem des Durchschnitts in der EU. Der Mindestlohn (596 Euro monatlich/3,40 Euro pro Stunde) ist einer der niedrigsten in der EU. Er beträgt derzeit nicht mal 50 Prozent des Medianeinkommens und liegt somit weit unter der Armutsgrenze. Selbst im nach Kaufkraft umgerechneten Verhältnis entspricht er nur der Hälfte des deutschen gesetzlichen Mindestlohns. Der Durchschnittslohn beträgt nach einer Steigung von 5,8 Prozent Ende 2020 1.510 Euro, das Medianeinkommen liegt bei 1.254 Euro. Etwa genauso hoch liegt der Werte des für Tschechien errechneten *living wage*. Das bedeutet wiederum, dass gut die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung kein existenzsicherndes Einkommen bezieht.

Vom Ausmaß der faktischen Armut (beim irreführenden Indikator der relativen Armut kommt Tschechien fälschlicherweise recht gut weg) zeugt auch die Überschuldung der tschechischen Haushalte, die etwa 9 Prozent der Bevölkerung betrifft, Familienmitglieder nicht mitgezählt. Die Statistiken über die Einkommensverhältnisse sind insoweit verfälscht, als dass die Höhe des Einkommens vor den entsprechenden Schuldabschlägen einfließt. De facto verfügen betroffene Haushalte häufig über ein Einkommen, das noch unterhalb des Niveaus des Mindestlohns liegt. Häufige Ursache für die Verschuldungen sind gewöhnliche Zahlungsverpflichtungen wie Miete, Strom- und Telefonrechnungen. Aufgrund strikter Regeln, die dem Imperativ der Eigenverantwortung, aber auch der Lobby der Zwangsvollstreckter folgen, leben die meisten Betroffenen ohne Aussicht auf die Rückkehr in ein schuldenfreies Leben.

Darüber hinaus ist das Vertrauen dieser Menschen in den Staat und seine Institutionen häufig tief erschüttert, sodass sie zum politischen Radikalismus tendieren. Dem Staat wiederum entgehen so Einnahmen in großem Umfang, weil die überschuldeten Menschen oft schwarzarbeiten, damit mehr Einnahmen von den Abschlägen geschützt werden.

Aus der ersten Welle der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 ging Tschechien gesundheitlich noch recht glimpflich hervor. Die Kosten eines frühen und strikten Lockdowns, dem dies zu verdanken war, waren aber schon da hoch – und summieren sich seit der erneuten Verschärfung der Situation im Herbst 2020 weiter. Ein Ende ist im Frühjahr 2021 noch nicht in Sicht. Das BIP fiel 2020 um 5,6 Prozent und somit am dramatischsten in der Geschichte des Landes. Die Staatsverschuldung betrug 39,4 Prozent des BIP, der Staatshaushalt für 2021 sieht ein Defizit in Höhe von ca. 13 Milliarden Euro vor. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 2021 4,3 Prozent, so wie in vielen anderen Staaten bildet diese relativ niedrige Zahl die Situation wahrscheinlich aber nicht adäquat ab, da sich noch viele Betriebe in Hilfsprogrammen befinden. Eine Pleitewelle in größerem Umfang könnte noch bevorstehen. Die tatsächliche ökonomische und soziale Situation der Haushalte bleibt daher auch unübersichtlich und schwer vorhersehbar, was zahlreiche Ursachen hat: einerseits einen hohen Anteil an nicht hinreichend erfassten und abgesicherten Soloselbständigen, relativ viele Menschen, die in einer sozial prekären Lage sind, sodass sie mit üblichen Instrumenten gar nicht erfasst werden können; ein hoher Anteil der Bevölkerung ist zudem überschuldet und teilweise in Schwarzarbeit, viele Haushalte zahlen hohe Hypothekenkredite ab, weil im Lande noch das Ideal einer Eigentumsimmobilie vorherrscht, das Wohnen zur Miete ist demgegenüber kaum rechtlich geschützt, sozialen Wohnungsbau gibt es gar nicht. Kurzum: die Lage ist für viele im Land auch in Zeiten guter Konjunktur unsicher, die Erschütterungen einer Krise sind daher auch schwer einschätzbar, in der Tendenz aber mit Sicherheit verheerend.

Wenngleich die schlimmen gesundheitlichen Folgen der weiteren Pandemie-Wellen sicherlich unterschiedliche Ursachen haben – hier spielt das fehlende Vertrauen vieler Tschech_innen in die Regierung und die damit einhergehende mangelnde Bereitschaft, sich an die Maßnahmen zu halten, eine Rolle – gehört das rudimentäre soziale System auf alle Fälle dazu: Im Krankheitsfall oder Quarantäne wurden bis Februar 2021 nur 60 Prozent des Einkommens gezahlt, das schon ungekürzt, wie oben beschrieben, oft nicht zum Auskommen reicht. Dies führte dazu, dass sich Menschen aus Angst vor Einkommensverlusten bei Risikokontakten oder gar vorliegenden Beschwerden nicht testen ließen bzw. ihre Kontakte nicht meldeten. Mancherorts war die Rede gar von entsprechenden Einschüchterungen seitens der Arbeitgeber. Erst im Februar 2021 wurde vorübergehend ein Zuschlag von ca. 15 Euro pro Tag für alle diejenigen ausgezahlt, die sich in Quarantäne befinden.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Politik in einem neoliberalen Diskurs verhaftet ist und dessen Wirt-

schaft hochgradig von ausländischem Kapital abhängig ist und sich in einer ungünstigen Zuliefererposition in den transnationalen Wertschöpfungsketten befindet, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um gesellschaftliche Legitimität, denn sie fallen bei vielen, gerade jüngeren Menschen in die Kategorie »kommunistisches Überbleibsel, brauchen wir in einer freien Gesellschaft, wo jeder werden kann, was er möchte, wenn er sich nur anstrengt, nicht mehr«. Diese Legitimitätsfrage ist eng verknüpft mit der Frage ihrer Überlebensfähigkeit, sind sie doch von der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge abhängig, deren Knappheit sich bei tschechischen Gewerkschaften, gepaart mit ihrer mangelnden Attraktivität als Arbeitgeber, in sehr schwachen Strukturen manifestiert. Lange waren sie einem rasanten, stetigen Mitgliederschwind ausgesetzt; in 2018 stieg die Anzahl der Mitglieder erstmalig wieder leicht an.

Dieser Erfolg kann dem aktuellen Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, Josef Středula, zugerechnet werden. Im April 2018 für die zweite vierjährige Amtsperiode mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt, ist er eine charismatische, gut vernetzte Person. In seiner mittlerweile fünfjährigen Amtszeit hat er dem Gewerkschaftsdachverband einen relativ modernen und progressiven Anstrich verpasst. Er organisiert seit 2015 die landesweite Kampagne »Ende der billigen Arbeit«, für die jedes Jahr eine große Kundgebung stattfand, um die Tarifverhandlungen einzuläuten. Der europäische Gewerkschaftsverband ETUC hat sich davon für die Kampagne »Europe needs a pay rise« inspirieren lassen. Herausragendes Thema seiner Reden ist die mangelnde Konvergenz zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedsländern. In der Konsequenz fordern die Gewerkschaften auch eine langfristige wirtschaftspolitische Reform, die das Land aus der abhängigen Position in den europäischen und globalen Wertschöpfungsketten führt, insbesondere mit Blick auf drohende Rationalisierungen aufgrund der steigenden Digitalisierungsprozesse. Im Unterschied zu konkreten Forderungen nach Lohnerhöhungen blieben ihre Reformvorschläge weitestgehend ungehört und wurden von ihrer Seite bislang nicht in einen Vorschlag eines Post-Covid-Recovery-Plans überführt – im Frühjahr 2021 sind sie wiederum noch zu sehr mit der unmittelbaren Einhegung der Pandemie befasst.

Während des Pandemie-Jahres haben die Gewerkschaften, und zwar sowohl der Dachverband ČMKOS wie auch einzelne, insbesondere die direkt betroffenen Branchenverbände, regelmäßig Forderungen zum Schutz der Arbeitnehmer_innen und ihrer sozialen Absicherung erhoben, und damit probiert, die insgesamt eher wirtschaftsfreundliche Ausrichtung der Babiš-Regierung zu korrigieren. Dies gelang ihnen im Schulterschluss mit dem Juniorpartner, der ČSSD, am Ende eher selten bzw. nicht in ausreichendem Ausmaß.

Verstärkt nahmen sich die Gewerkschaften vor der Pandemie auch der Frage der gesellschaftlichen Folgen der Digitalisierung an und forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit. Damit wollten sie auch als gesellschaftspolitischer Akteur wahrgenommen werden. Dem Thema Nachhaltigkeit oder just transition standen sie demgegenüber bislang eher verhalten gegenüber. Wie und ob es ihnen gelingt, auch in der zu er-

wartenden wirtschaftlichen und sozialen Krise im Zuge der Pandemie nicht nur konkrete, dringende Themen zu bearbeiten, sondern sich auch weiterhin diesen und weiteren Grundsatzen zu widmen, bleibt abzuwarten.

Auf der Ebene der Einzelgewerkschaften bzw. ihrer konstituierenden Betriebsorganisationen ging es in den vergangenen Monaten insbesondere um Auseinandersetzungen in Bezug auf die Handhabung der Pandemie. Der durchschnittliche Lohnzuwachs, der in Tschechien insbesondere auf betrieblicher Ebene verhandelt wird, betrug zwischen Ende 2019 und Ende 2020 6,5 Prozent, real aufgrund der hohen Inflation aber nur 3,8 Prozent. Somit zeichnet sich bereits ein Trend der Verlangsamung der Lohnsteigerungen ab, der sich höchstwahrscheinlich pandemiebedingt fortsetzen wird.

GEWERKSCHAFTEN IN TSCHECHIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der stärkste Dachverband ČMKOS entstand aus den im Laufe der »Samtenen Revolution« gebildeten Betriebs- und Streikkomitees, die den alten Dachverband »ROH« übernahmen und ihn in »KOS« umbenannten. KOS trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und wurde so zur dominierenden Gewerkschaft, aber mit einer neuen, von der kommunistischen Erblast befreiten Führung. Obwohl er mit der Politik und Organisation des ROH brach, trat die Mehrheit der ROH-Mitglieder dem neuen Gewerkschaftsbund bei. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich der ČS KOS in eine Organisation für die tschechische Republik, ČMKOS, und eine für die Slowakische Republik, KOZ SR. Die Transformation der Gewerkschaften gestaltete sich nicht einfach. Sie hatten vor der Wende de facto kaum eine mitgestaltende Funktion in der Gesellschaft. Mitgliedschaft war angesagt, wollte man nicht als Regimegegner gelten. Es entstand zwar nach und nach eine pluralistische Landschaft an Betriebsorganisationen und sie vereinende Branchenverbände, diese mussten aber ihre Legitimität im neuen, stark neoliberal geprägten System hart erkämpfen. Die Gewerkschaften werden teilweise bis heute selbst von Arbeitnehmer_innen als Akteure gesehen, die in der neuen Zeit nicht mehr benötigt werden oder gar stören. Sie litten daher lange unter massivem Mitgliederschwind und öffentlichen Anfeindungen, auch von Spitzenpolitiker_innen. Dies war teilweise auch selbst verschuldet: lange Zeit haben sie sich selbst in der neuen Welt nicht zurechtgefunden, waren relativ passiv, konservativ und fast ausschließlich mit männlichen Funktionsträgern.

Als ein politischer Akteur mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz erwiesen sich die Gewerkschaften zum ersten Mal 2012, als sie in einer breiteren gesellschaftlichen Allianz Träger der Proteste gegen die Regierung des konservativ-neoliberalen Premierministers Petr Nečas (ODS) waren, die massive Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge androhte. An dieses Momentum knüpften die Gewerkschaften an, als 2014 Josef Středula zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes

des ČMKOS gewählt wurde. Seitdem hat sich das Image verbessert und ist die Rolle der Gewerkschaften als gesellschaftlicher Akteur sukzessive gestiegen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die gewerkschaftliche Grundorganisation auf Betriebsebene ist nach wie vor das wichtigste Vertretungsorgan für die Beschäftigten in den einzelnen Betrieben, die von mindestens drei Mitarbeiter_innen gegründet werden können. Diese treten auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe zu einer bestimmten Branche auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei, die zum Teil über regionale Vertretungen verfügen. Die Einzelgewerkschaften schließen sich in der Regel zu Dachverbänden zusammen, die ihrerseits ebenfalls über ein Netz regionaler Büros verfügen. Lohnverhandlungen werden in der Regel auf der betrieblichen Ebene geführt, in den seltensten Fällen kommt es zu Einigungen auf Branchenebene. Ein System von Betriebsräten mit einer gewissen Unabhängigkeit von Gewerkschaftsstrukturen, wie sie z.B. in Deutschland vorhanden sind, gibt es in Tschechien nicht. Sie sind zwar gesetzlich vorgesehen, ihre Rechte sind aber noch geringer, als die Rechte der betrieblichen Gewerkschaften und würden daher keinen zusätzlichen Mehrwert schaffen.

Die mit Abstand mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist die der in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten OS KOVO, was auch die herausragende Rolle dieser Branche

in der tschechischen Wirtschaft widerspiegelt. In anderen Branchen sind weitaus weniger Arbeitnehmer_innen gewerkschaftlich organisiert. Selbständige, Arbeitslose, Arbeitsmigrant_innen und Leiharbeiter_innen gelten in der Regel nicht als potentielle Mitglieder. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 2018 11,5 Prozent der Erwerbstätigen, was einen deutlichen Rückgang gegenüber 16,7 Prozent in 2009 darstellt, für die letzten Jahre bedeutet es aber einen leichten Aufwärtstrend. Die Abdeckung der Arbeitnehmer durch Kollektivverträge betrug 2016, dem letzten Jahr, für das aktuelle Zahlen vorliegen, 30,4 Prozent, Tendenz sinkend. Damit befindet sich Tschechien etwa am unteren Rande des Mittelfeldes der OECD-Länder.

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften stellen die Mitgliedsbeiträge dar. Grundorganisationen erhalten in der Regel ein Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder. Davon müssen 25 Prozent an die Branchengewerkschaften abgeführt werden, die wiederum einen Teil davon an die Dachverbände überweisen. Die Höhe wird von den Mitgliedsverbänden festgelegt. Die Einzelgewerkschaften verfügen darüber hinaus über zum Teil große Vermögen (z.B. historische Gebäude in der Prager Innenstadt) und damit über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung als die Dachverbände, was ihnen zu einer entsprechenden starken Stellung verhilft, aber auch Fusionen verhindert.

Derzeit sind der Dachverband ČMKOS (*Českomoravská konfederace odborových svazů*) mit seinen 31 Einzelgewerkschaften

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Tschechien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Českomoravská konfederace odborových svazů – ČMKOS (Tschechisch-mährischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Josef Středula Stv. Vorsitz: Vít Samek, Radka Sokolová	etwa 280 000	IGB, EGB
Asociace samostatných odborů – ASO (Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitzr: Bohumír Dufek Stv. Vorsitz: Martin Engel, Martin Malý, Josef Hlahůlek	etwa 200 000	–

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Tschechien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový svaz KOVO – OS KOVO (Metallgewerkschaft)	ČMKOS	Vorsitz: Jaroslav Souček Stv. Vorsitz: Pavel Komárek, Tomáš Valášek, Libor Dvořák	etwa 110 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Odborový svaz zdravotnictví a sociální péče – OSZSP (Gewerkschaft für Gesundheits- und Sozialwesen)	ČMKOS	Vorsitz: Dagmar Žitníková Stv. Vorsitz: Lubomír Franc, Jana Hnyková	k. A.	PSI, EPSU
Odborový svaz ECHO (Gewerkschaft Energie und Chemie)	ČMKOS	Vorsitz: Zdeněk Černý	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe

ten und mit großem Abstand dazu ASO (*Asociace samostatných odborů*) die mitgliedstärksten und gleichzeitig einflussreichsten Verbände. Sie stellen zusammen die sieben Vertreter_innen der Arbeitnehmerseite in der sog. Tripartitität (offiziell: Rat der wirtschaftlichen und sozialen Übereinkunft), einem Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber – mit je nach Regierungskonstellation unterschiedlich starkem Gehör – zu Regierungsvorhaben unverbindlich angehört werden. Es gibt noch einige wenige weitere kleinere Dachverbände und einige Gewerkschaftsverbände, die in keinem der Dachverbände, und Betriebsorganisationen oder in einer der Einzelgewerkschaften organisiert sind. Zersplitterungen, so wie in anderen Ländern, gibt es kaum, höchstens in Form des Ausstiegs einzelner Betriebsorganisationen aus der Branchengewerkschaft (wie dies 2014 z.B. der Fall bei allen drei mitgliedstarken Škoda-Werken und der Metaller-Branchengewerkschaft war). Andererseits erweisen sich aber auch jedwede Fusionsversuche, die bei der Anzahl von einzelnen Verbänden zugunsten von Schlagkräftigkeit durchaus ratsam wären, als kaum durchsetzbar, nicht zuletzt wegen der Besitztümer, über die man keine Handlungshoheit verlieren möchte, aber auch anderweitiger Rivalitäten und persönlicher Verquickungen, die in einem kleinen Land wie Tschechien in einem solchen Partikularbereich kaum zu vermeiden sind.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, sind im Vergleich zu Deutschland außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgelthöhe wie auch weitere Arbeitsbedingungen (z.B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste. Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig. Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften eine gesetzliche Regelung, der zufolge es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann, die aber alle einem Kollektivvertrag zustimmen müssen. Dies öffnet Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden (es reichen zur Gründung lediglich drei Beschäftigte aus). Verbindlich befragt müssen die Gewerkschaftsorganisationen nur, falls einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden sollte und wenn allgemeine Betriebsbestimmungen oder Urlaubspläne entworfen werden. Diese mangelnde Einbeziehung wird von den Gewerkschaften kritisiert. Es gibt keinerlei Recht auf Freistellung oder finanzielle und sonstige Ausstattung für die betrieblichen Organisationen und ihre Funktionäre seitens des Arbeitgebers. Der Abschluss von Kollektivverträgen höheren Rangs, d.h. Vereinbarungen auf (Teil-) Branchenebene, wird häufig von Arbeitgebern verhindert, indem sie Verhandlungen auf dieser Ebene verweigern. Somit wurden 2017 lediglich 15 Kollektivverträge auf Branchenebene geschlossen, der Trend ist sinkend. In den Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer_innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen. Sie haben daher we-

nig Einfluss. Bei für Arbeitnehmer_innen relevanten Gesetzgebungen wird ihre Meinung eingeholt. Beratend ist zudem ihre Rolle bei der Tripartitität, einem beratenden Organ der Regierung, das je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird. Gewerkschafter_innen berichten regelmäßig über Versuche, die Gründung von gewerkschaftlichen Organisationen oder die Ausübung ihrer Tätigkeit zu verhindern.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Verhandlungen werden schwerpunktmäßig auf der betrieblichen Ebene geführt, normalerweise einmal im Jahr, es sei denn, es wurde für den Kollektivvertrag eine längere Laufzeit vereinbart. Diese Verhandlungen auf der niedrigsten Ebene gehen naturgemäß mit einem massiven Ungleichgewicht der Verhandlungsmacht einher. Die Bereitschaft der einfachen Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen, in entsprechende Ausbildung ihrer Vertreter_innen zu investieren, hält sich oft in Grenzen. Mit der breiten und systematischen Weiterbildung für Betriebsräte wie in Deutschland ist die Lage in Tschechien kaum zu vergleichen. Die Vorstellung von einer Gewerkschaftsarbeit, die weniger die Funktion der Durchsetzung gemeinsamer Interessen hat, als vielmehr die einer sozialen, bei der sich Mitgliedschaft unmittelbar durch bestimmte Zuschüsse oder Geschenke auszahlen soll, hat historische Gründe. Die Branchenverbände versuchen zwar, ihre Mitgliedsorganisationen bestmöglich zu unterstützen, haben aber selbst zu sehr mit begrenzten Kapazitäten zu kämpfen, als dass sie imstande wären, Expert_innen zu den Verhandlungen zur Verfügung zu stellen. Die Gefahren einer Repression für die einzelnen Mitglieder, die unmittelbar an den Verhandlungen beteiligt sind, zwingen beispielsweise den größten Einzelverband OS KOVO dazu, eine sogenannte »verdeckte Mitgliedschaft« einzuführen, bei der sich in als besonders gefährlich eingeschätzten Situationen die Mitglieder nicht direkt gegenüber dem Arbeitgeber zu erkennen geben, sondern für sie der Verband in ihrem Namen verhandelt. Dies wurde als gesetzeskonform bestätigt, kann aber aufgrund der begrenzten Kapazitäten nur relativ selten zum Einsatz kommen und löst das strukturelle Problem nicht.

Trotz des geringen Organisationsgrades von nur 11,5 Prozent der Erwerbstätigen (2018) sind 30,4 Prozent der tschechischen Arbeitnehmer_innen (2016) durch Kollektivverträge abgedeckt, da die Gewerkschaften für alle Beschäftigten des jeweiligen Betriebs verhandeln, d.h. auch für Nicht-Mitglieder. Seit dem Beginn der Kampagne »Ende der billigen Arbeit« im Jahr 2015 wurden jährlich im Schnitt relativ hohe Nominallohnzuwächse erreicht, dieser Trend wird von der Pandemie höchstwahrscheinlich aber gestoppt. Nach Angaben der Gewerkschaften sind die Löhne und Gehälter in den Betrieben, in denen es eine Gewerkschaftsorganisation gibt, signifikant höher (in 2016 beispielsweise um rund 100 Euro monatlich) und die Arbeitszeiten kürzer. Auch bei den Erhöhungen des Mindestlohns in den letzten Jahren spielten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, wenngleich zusätzlich die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Regierungen ausschlaggebend war.

Eine wirkliche betriebliche Mitbestimmung gibt es in Tschechien nicht. Der Katalog der verpflichtend mit den Gewerkschaften zu konsultierenden Entscheidungen ist äußerst knapp und hat kaum unmittelbar mit der Unternehmensführung zu tun. In den Aufsichtsräten haben die Arbeitnehmer_innen wegen ihrer geringen Vertretung keine echte Entscheidungsgewalt. Ihre ebenfalls schwache Rolle beim Sozialdialog wurde oben bereits beschrieben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Wie bereits beschrieben, kämpfen die Gewerkschaften in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nach wie vor um ein positives Image und eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft. So ist das statistisch erhobene Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften langsam gestiegen, was sich auch bei dem erwähnten Mitgliederzuwachs bei ČMKOS ablesen lässt. Gefragt nach ihrem Vertrauen gegenüber verschiedenen politischen Institutionen, gaben 2018 für Gewerkschaften 14 Prozent »dezidiert nicht« und weitere 27 Prozent »eher nicht« an. Diesen insgesamt 41 Prozent stehen 41 Prozent gegenüber, die grundsätzlich Vertrauen geäußert haben. 18 Prozent hatten auf diese Frage im Falle der Gewerkschaften keine Antwort, was von mangelnder Bekanntheit und Informiertheit über die Rolle und Aktivitäten zeugt. Damit schneiden die Gewerkschaften besser ab, als das Parlament und insbesondere die politischen Parteien, die regelmäßig am hinteren Ende liegen. Das Maximum an Zustimmung dürfte allerdings erreicht sein. Befürchtet wird eher ein Rückgang, beispielsweise bei einbrechender Konjunktur.

Das derzeitig relativ gute Ansehen der Gewerkschaften ist eng mit dem ČMKOS-Vorsitzenden Josef Středula verknüpft. Verbraucht sich seine Anziehungskraft oder zieht er weiter in die Politik – im Frühjahr 2021 hat er bereits anklingen lassen, bei der Präsidentenwahl 2023 kandidieren zu wollen – wird es schwierig einen adäquaten Ersatz zu finden. Zu den größten Herausforderungen gehört sowohl die Höhe der Mitgliederbasis zu halten, als auch sukzessive Nachwuchskräfte aufzubauen. Da vermutet werden kann, dass die Höhe der Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre nicht aufrecht erhalten werden kann, gilt es andere Bereiche zu identifizieren, in denen Gewerkschaften sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten einsetzen können. Das wurde jüngst mit einem Vorstoß zur Verkürzung der Arbeitszeiten in Angriff genommen. Wie ihre Rolle bei der Bekämpfung und Aufarbeitung der Folgen der Pandemie bewertet werden wird, muss abgewartet werden.

Angemessen wäre außerdem die Beteiligung der Gewerkschaften bei der Erarbeitung langfristiger Strategien für die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung, insbesondere angesichts der zunehmenden Digitalisierung und Globalisierung, die Tschechien als »Billiglohnland« besonders hart treffen. Auch die mit der Erreichung der Klimaziele verbundenen, dringend benötigten Reformen im Energiesektor, stellen die Gewerkschaften vor Herausforderungen. An erster Stelle ist das die Frage von »just transition« bei einem Strukturwandel infolge des sukzessiven Abbaus von Kohle als Energieträger. Dies

muss mit einem wirtschaftlichen Wiederaufbauprogramm einhergehen, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen. Erste Pläne, wie der Hilfsfonds aus der EU genutzt werden sollen, wecken eher kaum Hoffnungen in dieser Richtung.

Für alle diese Aufgaben sind die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nicht einfach: ihre formalen Rechte sind relativ gering, der strukturelle Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns auf Betriebsebene strategisch ungünstig, eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht in Sicht. Die grundsätzlich neoliberale Wirtschaftspolitik bietet Raum für Politiker_innen und Arbeitgeber, Gewerkschaften in die Enge zu treiben. Der potentielle politische Partner, die sozialdemokratische Partei, ist sehr geschwächt. Das wirkt sich nachteilig auf die zukünftige Gestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik aus. Allerdings sind die Gewerkschaften grundsätzlich darauf bedacht, ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, allein weil vielen Mitgliedern eine enge parteipolitische Nähe zu suspekt ist und sie sich bei weitem nicht alle selbstverständlich selbst auf der Seite der politischen Linke verorten.

Auf der internationalen Ebene sind die tschechischen Gewerkschaften relativ gut vernetzt. Die Einzelgewerkschaften tauschen sich regelmäßig mit ihren europäischen Pendanten aus und sind in der Regel Mitglieder der europäischen und internationalen Strukturen. Josef Středula ist seit 2019 stellvertretender Vorsitzender von ETUC, womit einem langfristigen Ungleichgewicht Rechnung getragen wurde und die Belange der Gewerkschaften aus Mittel-Ost-Europa nun stärker eingebracht werden können.

Urban Überschär, Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik, Prag

Kateřina Smejkalová, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.